



Empfehlungen  
zu den  
Deutsch-Lateinamerikanischen  
Wirtschaftsbeziehungen

Lateinamerika-Initiative der Deutschen Wirtschaft (LAI)

1. März 2010

## Lateinamerika-Initiative der Deutschen Wirtschaft (LAI)



## Koordination der LAI

### DIHK - Deutscher Industrie- und Handelskammertag e.V. (DIHK)

Barbara Konner, Leiterin Referat Nord- und Lateinamerika

Breite Straße 29, 10178 Berlin

Telefon: (030) 20308 2308

Fax: (030) 20308 2333

konner.barbara@dihk.de

www.dihk.de

# Empfehlungen zu den Deutsch-Lateinamerikanischen Wirtschaftsbeziehungen

## Inhalt

Einleitung	
1. Intensivierung der politischen Flankierung in LA	5
2. Stärkung der Instrumente der Außenwirtschaftsförderung	6
3. Engere Verzahnung von Wirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit	8
4. Verbesserung der Rahmenbedingungen für die deutsche Wirtschaft in Lateinamerika	10
5. Abschluss der Freihandelsabkommen der EU mit den Ländern Lateinamerika	12
6. Neue Verantwortung Lateinamerikas für Fragen der internationalen Finanzmarktstabilität	13
Ausblick	14

## Einleitung

Lateinamerika und die Karibik haben 2008 und 2009 bewiesen, dass sie deutlich besser als früher in der Lage sind, die schlimmsten Auswirkungen externer Krisen abzuwehren. Die meisten Regierungen der Region nutzten die fünf Jahre Aufschwung vor 2009, um hohe Devisenreserven aufzubauen und die Staats- und Auslandsverschuldung zu verringern. Auch die Inflation ist in den meisten Ländern unter Kontrolle. Der Binnenkonsum, die Investitionsrate, die Inlandssparquote und die Emissionen auf den einheimischen Anleihemärkten haben zugenommen.

Der Reichtum an Bodenschätzen, Energieressourcen und landwirtschaftlichem Potenzial spielt eine immer wichtigere Rolle bei der Positionierung der Region auf der wirtschaftlichen und politischen Weltbühne. Mit mehr als 560 Mio. Einwohnern stellt Lateinamerika außerdem eine attraktive Käufer-Region mittleren Einkommens dar. So stieg der Anteil der Mittelschicht an der Bevölkerung in Brasilien in nur drei Jahren von 34% auf 51% an. Ein weiteres Argument für Lateinamerika ist der sowohl quantitativ als auch qualitativ wachsende Industriesektor wie zum Beispiel in Argentinien, Brasilien, Kolumbien und Mexiko.

Nicht zuletzt deshalb hat in der letzten Zeit das Interesse deutscher Unternehmen an Lateinamerika und der Karibik zugenommen. Zahlreiche Geschäftsanfragen beweisen dies. Mit einem Bestand von US\$ 70 Mrd. nimmt Deutschland den 3. Platz als Herkunftsland für ausländische Direktinvestitionen nach den USA und Spanien ein. Dazu haben insbesondere die umfangreichen Reinvestitionen der Tochterunternehmen aus dem eigenen Cash-Flow beigetragen. Daneben fließen auch beträchtliche neue Gelder aus Deutschland nach Lateinamerika, wie ein neues Stahlwerk bei Rio de Janeiro beweist.

Erstmalig seit fast 20 Jahren sind auch wieder Neuinvestitionen von kleineren und mittleren deutschen Unternehmen zu sehen. Während bisher die Industrie als deutsches Investitionsziel mit weitem Abstand dominierte, nehmen heute deutsche Engagements in den Bereichen Infrastruktur, Landwirtschaft, erneuerbare Energien, Tourismus, Bergbau und Finanzen zu. Die bevorstehende Fußballweltmeisterschaft und die Olympischen Spiele in Brasilien könnten diesen Diversifizierungsprozess bei den deutschen Direktinvestitionen noch beschleunigen. Aber auch der deutsche Handel profitiert vom Wachstum der Region, wie die Außenhandlungsergebnisse der letzten Jahre – einschließlich derjenigen des Krisenjahres 2009 – bezeugen.

## 1. Intensivierung der politischen Flankierung in Lateinamerika

Spanien, Frankreich und andere europäische Länder, aber auch die USA und China, betreiben die **politische Flankierung ihrer Wirtschaftsinteressen** in Lateinamerika sehr intensiv und erfolgreich. Hierdurch drohen der deutschen Wirtschaft in Lateinamerika kurzfristig Wettbewerbsnachteile. Besonders sinnvoll ist die Begleitung durch die Politik, wenn sich deutsche Unternehmen an **öffentlichen Ausschreibungen** in Lateinamerika beteiligen.

### Petita

- Die LAI fordert von der Bundesregierung eine stärkere politische Flankierung der Lateinamerikaaktivitäten der deutschen Wirtschaft. Durch regelmäßige **Reisen** hochrangiger deutscher Politiker, insbesondere der Bundeskanzlerin und des Wirtschaftsministers mit begleitender **Wirtschaftsdelegation**, könnte sowohl die Bedeutung der Region für Deutschland unterstrichen als auch die Markterschließung für deutsche Unternehmen und Banken erleichtert werden. Bei der Auswahl der Delegationsteilnehmer ist dabei auf eine ausgewogene Repräsentation verschiedener Industriebranchen sowie der den Mittelstand finanzierenden Kreditwirtschaft zu achten.
- Lateinamerika ist reich an einer Vielzahl von **Rohstoffen**, die für die Entwicklung und Herstellung innovativer Technologien erforderlich sind: Litium, seltene Erden und Metalle, nicht traditionelle Biomasse. Um Zugang zu diesen zukunftssträchtigen Rohstoffen zu bekommen und sich vor allem langfristig Marktanteile zu sichern, bedarf es **strategischer Partnerschaften** durch die deutsche Wirtschaft. Die LAI fordert die hierfür dringend erforderliche Flankierung durch die deutsche Politik im Rahmen von Delegationsreisen, Abkommen sowie durch die diplomatischen Vertretungen vor Ort.
- Das Auswärtige Amt hat den Stellenwert der politischen Flankierung von Auslandsgeschäften deutscher Unternehmen und Banken erkannt. Das Engagement der Botschaften vor Ort muss aber stärker als **Bringschuld** verstanden und **überall mit gleicher nachhaltiger Intensität**, und nicht nur punktuell, betrieben werden.
- Vor dem Hintergrund möglicher **Verlagerungen nationaler Kompetenzen** auf einen künftigen gemeinsamen **europäischen diplomatischen Dienst** wird es von zentraler Bedeutung sein, dass die Auslandsvertretungen der politischen Flankierung von Auslandsgeschäften auch weiterhin einen hohen Stellenwert beimessen und Interessen deutscher Unternehmen und Banken unterstützen, insbesondere gegenüber Regierungsstellen.

## 2. Stärkung der Instrumente der Außenwirtschaftsförderung

Die Bundesregierung unterstützt die Aktivitäten deutscher Unternehmen zur Erschließung und Sicherung ausländischer Märkte durch ein vielfältiges Instrumentarium der Außenwirtschaftsförderung. Dies ist mit Blick auf Lateinamerika von besonderer Bedeutung, denn es steht zu vermuten, dass die Widerstandskraft der Volkswirtschaften Lateinamerikas – allen voran Brasiliens – gegen die globale Wirtschaftsschwäche höher scheint als zunächst angenommen, insbesondere höher als in anderen für die deutsche Exportwirtschaft wichtigen Regionen (etwa Mittel- und Osteuropa).

Unabhängig von der Finanz- und Wirtschaftskrise haben sich wirtschaftspolitische Gegebenheiten wie zum Beispiel regionale Integration oder die Diversifizierung der Exportstruktur in den letzten Jahren teils erheblich verändert.

### Petita

- Die Instrumente der deutschen Außenwirtschaftsförderung müssen in Lateinamerika kontinuierlich an die **veränderten Rahmenbedingungen** angepasst und ausgebaut werden. Hierzu sollte auch ein regelmäßiges Benchmarking mit den entsprechenden Systemen konkurrierender Länder erfolgen. Instrumente wie z.B. die Unterstützung von Machbarkeitsstudien durch die spanische Regierung haben sich als Wettbewerbsvorteil in Lateinamerika erwiesen.
- Die Bundesregierung sollte darauf hinwirken, dass sämtliche Spielräume bei der Nutzung der Export- und Investitions Garantien des Bundes sowie der Garantien für ungebundene Finanzkredite ausgeschöpft werden.
- Dringend erforderlich ist die Erhöhung der Transparenz und Abstimmung hinsichtlich Internationalisierungsprogrammen und Förderinstrumenten der verschiedenen Ressorts sowie nach geordneter Institutionen. Zum Einen sollte hierbei das komplementäre Ineinandergreifen der Förderinstrumente der verschiedenen Ressorts ermöglicht werden. Zum Anderen sollte die ressortübergreifende Optimierung der Wirksamkeit der Instrumente im Fordergrund stehen.
- Bei der Weiterentwicklung bereits bestehender und der Schaffung neuer Instrumente der deutschen Außenwirtschaftsförderung sollte vor allem die Unterstützung der KMU im Vordergrund stehen. Überlegenswert wäre beispielsweise ein Sonderdeckungsrahmen für den Export von Umwelttechnik sowie Technik für erneuerbare Energien.

- Zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exportwirtschaft sollte die Bundesregierung sich **gegen eine weitere Verschärfung der politischen OECD-Auflagen** (insbes. die Common Approaches zur Umweltprüfung) aussprechen. Wichtiger erscheint im jetzigen Stadium, sich dafür einzusetzen, dass sich alle OECD-Mitglieder, also etwa auch Mexiko, zur Umsetzung des **OECD-Konsensus** verpflichten und dass die aufstrebenden Nicht-OECD-Staaten stärker in die Formulierung und Implementierung der OECD-Standards eingebunden werden.
- Das **Messewesen** in Lateinamerika hat sich in den letzten Jahren sehr dynamisch entwickelt und in einigen Branchen erheblich professionalisiert. Da eine stärkere Beteiligung durch deutsche Firmen auf ausgewählten Messen in der Region vorteilhaft und aussichtsreich wäre, fordert die LAI die Ausweitung der Unterstützung für Messebeteiligungen in Lateinamerika.
- Die Zusammenarbeit der **drei Säulen der deutschen Außenwirtschaftsförderung** funktioniert vielerorts problemlos und effizient: Die Wirtschaftsabteilungen der deutschen Botschaften, die Deutschen Auslandshandelskammern (AHKs) und (mancherorts) die Auslandsmitarbeiter von Germany Trade and Invest (GTI) ergänzen sich mit ihren Kern-Kompetenzen und Zuständigkeiten. Um die Kooperation der drei Akteure an den Standorten in Lateinamerika stetig zu verbessern und die Grundlage für ein „Fair Play“ untereinander aufrecht zu erhalten, sind klare Konzepte und eindeutige Signale seitens der Politik erforderlich.
- Zur Umsetzung der mit Internationalisierungsprogrammen und Förderinstrumenten verbundenen Aktivitäten in Lateinamerika leisten die AHKs und die anderen vor Ort vorhandenen Ressourcen der deutschen Außenwirtschaftsförderung einen wichtigen Beitrag. Dringend erforderlich für eine Verbesserung der Ergebnisse ist die **frühzeitige und intensive Einbeziehung** der Partner vor Ort.

### 3. Engere Verzahnung von Außenwirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit

Außenwirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit müssen optimal ineinander greifen. Das ist erklärtes Ziel des aktuellen Koalitionsvertrages. Bei entwicklungspolitischen Entscheidungen müssen die Interessen der deutschen Wirtschaft, vor allem aber die des Mittelstandes, angemessen berücksichtigt werden. Dadurch eröffnen sich

- eine Vielzahl neuer Möglichkeiten für den Ausbau der **bilateralen Wirtschaftsbeziehungen** zwischen Deutschland und Lateinamerika einerseits,
- neue Wege für **nachhaltige Entwicklung** in den Entwicklungs- und Schwellenländern Lateinamerikas andererseits, und damit letztlich
- die Chance für Deutschland und Lateinamerika, sich **gemeinsam den globalen Herausforderungen** anzunehmen und damit den traditionell guten Beziehungen neue Impulse zu geben.

#### Petita

- Aufgrund der positiven Wirtschaftsentwicklung der meisten lateinamerikanischen Länder, tangiert Entwicklungszusammenarbeit zunehmend die Bereiche, **Bildung, Forschung und Entwicklung (F&E), technische Zusammenarbeit sowie Knowhow- und Technologietransfer.**

Die deutsche Außenwirtschaftsförderung verfügt weiterhin mit den in (fast) allen lateinamerikanischen Ländern vertretenen **AHKs** über ein **breites Wirtschafts-Netzwerk**, das über enge Kontakte zu Innovations-Clustern, zu Technologieparks sowie Wissenschaftseinrichtungen verfügt. Das BMZ (und auch andere Ressorts) sollten daher bei EZ-Projekten mit Wirtschaftsrelevanz die Expertise der AHKs und deren Netzwerk von Akteuren aus Bildung, F&E, Wissenschaft und Technologie stärker nutzen.

- In der Entwicklungszusammenarbeit muss die unmittelbare **Zusammenarbeit mit der Wirtschaft** gleichberechtigt neben die klassische Kooperation staatlicher Akteure rücken. Unter Hinweis auf ihre internationalen Erfahrungen und gemeinsam mit den Durchführungsorganisationen der EZ kann die deutsche Wirtschaft Entwicklungsprojekte effizient planen und ausführen. Neben einer besseren Mittelausstattung des neu aufgelegten, aber kleinteiligen „develoPPP“-Programms sind hier innovativere Formen der Kofinanzierung angezeigt, etwa durch die Vereinbarung bilateraler PPP-Fonds, insbesondere mit Ländern, wo Wirtschaft und EZ gemeinsame Kooperationsinteressen haben. Das Programm „develoPPP“ sollte sich für die direkte Beteiligung der AHKs als private Partner öffnen.

- In die Planung und Durchführung von Entwicklungsprojekten mit erkennbarer Privatspektorkomponente muss die Wirtschaft frühzeitig eingebunden werden. Insbesondere für die Vorbereitung von Betreiberprojekten ist die Neuaufgabe eines modifizierten Projektstudienfonds zu erwägen, aus dem (Pre)Feasibilitystudien (ko)finanziert werden können.
- Die Bundesregierung sollte ihre **außenwirtschaftlichen Garantieinstrumente** so erweitern, dass Betreiberrisiken, die unvermittelt durch Ausfälle staatlicher Zusagen des Partnerlandes entstehen, besser abgedeckt werden.
- Gemeinsam sollten Programme zur **mittel- bis langfristigen Marktentwicklung** konzipiert und umgesetzt werden: Hierdurch würde einerseits die Nachfrage nach Produkten und Leistungen deutscher Unternehmen gefördert. Gleichzeitig können deutsche Firmen damit einen wichtigen Beitrag zum Technologie- und Wissenstransfer und damit zur nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung in der Region leisten.
- Zur Mobilisierung größerer Synergieeffekte zwischen Außenwirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit müssen deutsche Institutionen auf Politik- und Durchführungsebene intensiver und effizienter kooperieren.  
Dies erfordert eine engere Abstimmung über Zielsysteme, Verfahren und Instrumente sowie eine frühzeitige Konsultation der Wirtschaft bei der inhaltlichen Ausgestaltung länderbezogener Kooperationsprogramme. Die LAI fordert hier eine tragende Rolle bei der **Mitgestaltung des politischen Prozesses**. So sollten die AHKs jeweils bereits in die Vorbereitungen zu bilateralen Regierungsgesprächen eingebunden werden. Die Einbindung sollte über institutionalisierte Verfahren erfolgen.
- Zur Reduzierung von Redundanzen und im Interesse einer einheitlicheren Außendarstellung der Bundesregierung ist ein ressortübergreifendes Gremium „Entwicklungskooperation“ einzurichten, an dem alle Ressorts mit außenwirtschaftsrelevanten Kooperationsinstrumenten zu beteiligen sind. Eine **frühzeitige und angemessene Einbeziehung der Wirtschaft** ist auch hier geboten.

## 4. Verbesserung der Rahmenbedingungen für die deutsche Wirtschaft in Lateinamerika

International verlässliche und liberale Rahmenbedingungen für Investitionen sind auch für das Lateinamerikageschäft entscheidend. So nehmen beispielsweise Mexiko und Brasilien die Plätze drei und vier unter den am stärksten abgeschotteten Bankenmärkten gemäß OECD Regulatory Restrictiveness Index (Ende 2006) ein, der die Höhe regulatorischer Hürden für den Marktzugang durch ausländische Direktinvestitionen untersucht.

Trotz der bisherigen Fortschritte bei der Schaffung eines attraktiveren institutionellen und rechtlichen Umfelds in vielen Ländern Lateinamerikas erfordern neue Direktengagements – vor allem kleiner und mittelständischer – deutscher Unternehmen einen weiteren Abbau von Marktzutrittsbarrieren, eine weitere Verbesserung der Rechtssicherheit sowie der fiskalischen Rahmenbedingungen in der Region.

### Petita

- Die Bundesregierung sollte sich im Rahmen multilateraler Abkommen für die **sukzessive Abschaffung von Marktzutrittsbarrieren** einsetzen.
- Mit vielen lateinamerikanischen Ländern bestehen **Doppelbesteuerungs- und Investitionsschutzabkommen** sowie andere Rahmenverträge. Die LAI unterstreicht die Bedeutung solcher Abkommen als wichtiges Instrument zur Förderung von bilateralen Wirtschaftsbeziehungen.

Mit Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags ist die Kompetenz für Investitionsschutzverträge von der Bundesregierung auf die Europäische Union übergegangen. Bislang ist der Status und der Fortbestand des Investitionsschutzes durch die bestehenden, bilateral ausgehandelten Verträge noch nicht abschließend geklärt. Die LAI fordert die Bundesregierung auf, sich gegenüber der nun zuständigen EU-Kommission für die **Aufrechterhaltung des bestehenden Schutzniveaus** und für den **Ausbau der Investitionsschutzabkommen** mit Lateinamerika einzusetzen. Darüber hinaus wäre der Abschluss von Investitionsförder- und -schutzabkommen mit Kolumbien und weiteren Ländern der Region im Interesse der deutschen Wirtschaft. Die Bundesregierung soll sich gegenüber der Europäischen Kommission für den Abschluss entsprechender Abkommen einsetzen.

Die LAI fordert den **erneuten Abschluss eines Doppelbesteuerungsabkommens** (DBA) mit Brasilien. Es sollte gegebenenfalls in Betracht gezogen werden, das früher bestehende und von Deutschland gekündigte deutsch-brasilianische DBA in seiner damaligen Gestalt wieder in Kraft zu setzen und Brasilien einen

entsprechenden Vorschlag zu unterbreiten, nachdem sich nunmehr eine Korrektur der von Deutschland bemängelten Verwaltungspraxis durch die brasilianische Rechtsprechung abzeichnet.

Ferner fordert die LAI **die zügige Weiterverhandlung aller noch offenen DBA-Verträge** mit den Regierungen der lateinamerikanischen Länder, zum Beispiel Chile.

- Das **Deutschlandbild** in Lateinamerika ist zwar sehr positiv, vielerorts aber **nicht mehr zeitgemäß**: Die deutschen Auslands-handelskammern sind ideale Plattformen und Multiplikatoren um vor Ort die deutsche Wirtschaft in ihrer Bandbreite und Aktualität zu präsentieren: Deutsche Unternehmen sind innovativ, hochproduktiv, effizient und nachhaltig. Um dadurch langfristig deutsche Marktanteile in Lateinamerika zu sichern, fordert die LAI stärkere politische Flankierung und Unterstützung bei diesem Prozess des Image- Buildings der deutschen Wirtschaft im Ausland.

## 5. Abschluss der Freihandelsabkommen der EU mit den Ländern Lateinamerikas

Die erfolgreiche Beendigung des Bananen-Streits mit Lateinamerika hat die Chancen für einen Abschluss der **EU-Assoziierungs- und Freihandelsabkommen** mit Zentralamerika und den Anden-Ländern erhöht. Natürlich genießt die Doha-Runde weiterhin Priorität für die deutsche Privatwirtschaft. Allerdings ist ungewiss, wann sie verwirklicht werden kann. Dagegen haben sich die Assoziierungsabkommen der EU mit Chile und Mexiko bereits bewährt. Sie decken aber nur einen Teil der Region ab. Gerade das für Deutschland strategisch wichtige BRIC-Land Brasilien bleibt außen vor.

### Petita

- **Mercosur:** Die Bundesregierung sollte die EU-Präsidentschaft Spaniens im ersten Halbjahr 2010 nutzen, um die Verhandlungen um das Freihandelsabkommen zwischen EU und Mercosur entscheidend voran zu treiben.
- Dabei darf aber nicht vergessen werden, dass Brasilien strategisches Partnerland der EU und der deutschen Wirtschaft ist. Hier sind auch von Seiten der EU mehr Kompromisse notwendig, um eine baldige Einigung zu erreichen. Sollte das Fehlen institutioneller Strukturen im Mercosur das Haupthindernis sein, könnten mit Brasilien separate Verhandlungen begonnen werden, wobei die anderen drei Staaten aus eigenem Interesse sicher bald dazu stoßen würden. Die Bundesregierung muss also darauf hinarbeiten, dass die EU bei ihren Verhandlungen weniger von formellen Kriterien ausgeht und dagegen **stärker konkrete politische und wirtschaftliche Interessen in den Mittelpunkt stellt**.
- **Comunidad Andina:** Das Bild der vier Mitgliedsländer der Anden-Gemeinschaft ist uneinheitlich. Während Kolumbien und Peru auf dem Boden der Marktwirtschaft stehen, verfolgt Bolivien einen Sozialismus-Kurs; Ecuador steht dazwischen. Von der EU wird eine flexible Verhandlungsführung erwartet, die zumindest vorläufig ein separates Abkommen mit Kolumbien, Peru und evtl. Ecuador ermöglicht. Bolivien könnte später folgen.
- **Zentralamerika:** In ähnlicher Weise könnte die EU auch in Zentralamerika vorgehen, wobei die Problemfälle hier Nicaragua und möglicherweise Honduras sein könnten.
- Grundsätzlich müssen neben Zugangsbeschränkungen zu den Märkten Südamerikas für deutsche und europäische Produkte auch die bestehenden Exportbeschränkungen der Länder auf Rohstoffe Gegenstand der Verhandlungen sein.

## 6. Neue Verantwortung Lateinamerikas für Fragen der internationalen Finanzmarktstabilität

Die Etablierung der G20 als dem zukünftigen Diskussionsforum für Fragen der internationalen Wirtschafts- und Finanzmarktpolitik ist zu begrüßen. Mit Argentinien, Brasilien und Mexiko sind drei wichtige lateinamerikanische Länder vertreten, die im Rahmen ihrer Mitgliedschaft nun auch eine größere Verantwortung für die internationale Finanzmarktstabilität und – politik wahrnehmen.

### Petita

- Deutschland sollte den **Dialog** über die direkte Regierungszusammenarbeit zu Regulierungsfragen hinaus **intensivieren**. Dieser würde auch dazu beitragen, die langfristige Akzeptanz der internationalen Finanzinstitutionen – und letztlich eines international abgestimmten Vorgehens insgesamt – in der Region zu erhöhen.
- In dieser partnerschaftlichen Zusammenarbeit ist darauf hinzuwirken, dass die **neu geschaffenen Regeln konsistent und konsequent implementiert werden**, so dass weltweit einheitliche Spielregeln bestehen.

## Ausblick

2009 kam das Wirtschaftswachstum Lateinamerikas und der Karibik zu einem vorübergehenden Halt: Nach vorläufigen Zahlen ging das Bruttoinlandsprodukt um 1,8% zurück. Bereits für das Jahr 2010 wird eine Rückkehr auf das hohe Wachstumsniveau vor der Krise erwartet. Somit wäre 2009 eine Wachstumsdelle. Zu befürchten ist aber, dass die Direktinvestitions- und Finanzierungszuflüsse aus den Industrieländern wieder unter dem Niveau der Vorjahre bleiben.

Die Nachfrage aus Asien nach Agrarerzeugnissen und Bergbauprodukten wird dagegen erneut ansteigen. Dies könnte den Trend der Abwendung von den traditionellen Handelspartnern USA und Europa und der Hinwendung zu Asien verstärken. In Übereinstimmung mit der steigenden Nachfrage aus Asien werden auch viele Commodity-Preise ihren Aufwärtstrend fortsetzen. Grundsätzlich werden sie aber 2010 volatiler bleiben, als in den Jahren vor der Krise.

Aufgrund der starken Unterbewertung der Aktien hatten sich die Aktienmärkte Lateinamerikas bereits 2009 wieder deutlich erholt: Für 2010 ist damit zu rechnen, dass neue Börsen-Rekorde erzielt werden. Angesichts niedriger Zinssätze in den Industrieländern ist auch mit einem weiteren Anstieg der Risikokapitalanlagen aus dem Ausland zu rechnen.

Die Privatunternehmen Lateinamerikas haben bisher die Krise trotz Kreditknappheit, hoher Wechselkursvolatilität und der Abwertung der Landeswährungen relativ gut überstanden. Ihre Gewinne und ihre Auslandsinvestitionen sind im Schnitt weiter gestiegen. Eine Fortsetzung dieser Tendenz ist 2010 zu erwarten. Auch das Finanzsystem der Region erwies sich bisher als stabil und ist mit wenigen Ausnahmen gut für das Jahr 2010 gerüstet.

Angesichts wachsender Binnenmärkte und steigender Exporte ist wahrscheinlich, dass 2010 das Wachstumstempo der Region auf einen Wert zwischen 3% und 5% zulegt. Ob diese Entwicklung nachhaltig ist, hängt auch davon ab, was in den Industrieländern passiert, wenn ihre umfangreichen Antikrisen-Pakete auslaufen. Außerdem sind dort – wie nach dem Platzen der Subprime-Blase – neue Krisenerscheinungen möglich, die das externe Umfeld für Lateinamerika wieder verschlechtern könnten.